

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Postzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Nach dem Verbandstag

Unser Danziger Verbandstag ist, das dürfen wir ohne Selbstüberhebung feststellen, glänzend verlaufen. In der Öffentlichkeit wurde er stark beachtet. In der Tat hat sich der Verbandstag mit einigen Fragen befaßt, die nicht nur die Bauarbeiter angehen, sondern die endlich als Angelegenheiten des gesamten Volkes erkannt werden müssen.

Wohl am eindringlichsten kam die Aufrüttelung des öffentlichen Gewissens zum Ausdruck in dem Vortrage des Herrn Ministerialrats Dr. Schmidt über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes. Man darf behaupten: Gleich wichtig, umfassend und überzeugend wurde diese Bedeutung bisher noch niemals herausgearbeitet. Niemand, der die Feststellungen und Argumente des Vortrages objektiv würdigt, kann sich fürderhin der Erkenntnis verschließen: Das Baugewerbe ist einer der Grundpfeiler unserer Wirtschaft und unseres Volkes. Wenn man hört, daß durch das Baugewerbe im Jahre 1927 dem deutschen Volksvermögen rund 6,9 Milliarden Mark neue Werte zugeführt wurden, wenn man weiter erfährt, daß im Bau- und Baunebengewerbe rund 3 Millionen Arbeiter Brot und Verdienst finden, dann muß auch der größte Skeptiker und selbst der Reichsbankpräsident Dr. Schacht von der großen, ja entscheidenden volkswirtschaftlichen Bedeutung des Baugewerbes überzeugt werden. Die These von der Unproduktivität des Wohnungsbauens hat in Danzig ihren endgültigen Zusammenbruch erlebt. Wer sie künftig noch aufzustellen wagt, wird sich nicht beklagen dürfen, wenn ihm traurige Unkenntnis grundlegender volkswirtschaftlicher Tatsachen und Zusammenhänge vorgeworfen wird.

Daß es unserem Verbandsvorstand vorbehalten blieb, die gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes in voll umfassender Weise herauszuarbeiten und der Öffentlichkeit ins Gewissen zu rufen, darf uns mit Stolz und Genugtuung erfüllen. Hätte der Danziger Verbandstag nur diesen einen Aktivposten zu buchen, er wäre dadurch schon zu einer höchst bedeutungsvollen Veranstaltung geworden.

Wir haben uns weiter in Danzig mit der Rationalisierung des Baubetriebes und der Bauwirtschaft im weitesten Umfange beschäftigt. In Herrn Regierungs- und Bauerrat Lübbert sprach ein erster Sachkenner zu diesem Thema. Auch seine Ausführungen sind in der Öffentlichkeit und vor allem in der Fachwelt stark beachtet worden und werden sie weiter beschäftigen. Die Stellungnahme der Bauarbeiter zu diesem Problem gab der Verbandstag durch den Mund seines Vorsitzenden Wiebeberg kund. Die Bauarbeiter widersetzten sich einer vernünftigen Rationalisierung des Baugewerbes nicht, sondern werden sie fördern helfen. Unter zwei Bedingungen: Erstens müssen auch die Bauarbeiter bei der Durchführung der Rationalisierung mit zu Rate gezogen werden, und zweitens muß der Nutzen der Rationalisierung auch den Arbeitern des Baugewerbes und in Form verbilligter Wohnungen der Volksgesamtheit zugute kommen.

Doch nicht nur bauwirtschaftliche Fragen wurden in Danzig behandelt. Auch das sozialpolitische Gesamtbild wurde kritisch untersucht. In einigen Entschließungen formten die Delegierten ihre Erkenntnisse der Lage und gaben sie ihrem Willen lebendigen Ausdruck. Unsere Stellung als Bauarbeiter zur Arbeitslosenversicherung, unsere Forderungen zum Bauarbeiterzuschuß, zur Geltung der Tarifverträge bei Notstandsarbeiten haben wir klar kundgetan. Gegen den Abbau der Sozialbehörden protestierten wir und verlangten deren Ausbau. Die Finanzierung des Wohnungsbaus so, daß die Volkbeschäftigung des Baugewerbes gewährleistet ist, wurde gefordert. Alles in allem war unsere Arbeit soziale Arbeit an Stand und Volk.

Doch auch dem Wohle unserer Organisation galt unsere Arbeit. Wir wollen eine allen Stürmen gewachsene Kampforganisation sein und bleiben und zugleich unseren Mitgliedern in den schwersten Notfällen des Lebens soweit wie möglich hilfreiche Hand bieten. So wurde beschlossen die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung, neben der bisher schon bestehenden Krankenunterstützung. Neu eingeführt soll werden die Invalidenunterstützung. Zwei Unterstützungsarten, die den Mitgliedern beweisen, daß Treue von ihnen nicht nur verlangt, sondern auch ihnen in der Not gehalten wird. Auch die Höhe der Unterstützungen kann sich sehen lassen. Die Sterbeunterstützung, die bekanntlich sowohl für das verstorbene Mitglied wie auch für seine Ehefrau gewährt wird, ist geradezu zu einer kleinen Sterbeversicherung ausgebaut worden. Segen wird aus diesen Beschlüssen fließen.

So große materielle Leistungen des Verbandes lassen sich aber nicht aus dem Nichts hervorzaubern. Wenn einerseits dem Verbandsvorstande große Mehrausgaben auferlegt werden und gleichzeitig seine Kampfkraft erhalten bleiben soll, dann muß andererseits auch für die nötigen Mehreinnahmen gesorgt werden.

Eine Beitragserhöhung war unbedingt notwendig.

Der Verbandstag hat sie, der zwingenden Notwendigkeit sich beugend und der Einsicht der Kollegen vertrauend, einstimmig beschlossen. Diese Einmütigkeit muß um so höher bewertet werden, als wohl niemand von den Delegierten sich über die Unpopulartät eines solchen Beschlusses einer Täuschung hingab. Sie ließen sich leiten von der Erkenntnis, daß für die Hebung des Standes und die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Verbandes kein Opfer zu groß sein kann.

Nun müssen die Beschlüsse des Verbandstages kraftvoll durchgeführt werden. Einige Bezirkskonferenzen haben bereits stattgefunden und die nötigen Maßnahmen getroffen, weitere stehen bevor. Nun haben auch die Verwaltungsstellen und Ortsgruppen die Pflicht, sofort ihre Vertrauensleute zusammenzuberufen und mit ihnen die Notwendigkeiten der nächsten Wochen durchzusprechen. In gut vorbereiteten Mitgliederversammlungen muß für Aufklärung gesorgt werden. Bei Würdigung der Verbandstagsbeschlüsse ist vor allem auch der Erneuerung des Reichstarifvertrages im nächsten Frühjahr zu gedenken. Erweisen sich unsere Vorstände jetzt wirklich als Führer, dann kann es nicht schwer fallen, bei den Mitgliedern Verständnis für die Beitragserhöhung hervorzurufen.

Es wird um so leichter sein, je stärker die Gedanken des Vortrages von Dr. Sonnenschein in den Mitgliederkreisen lebendig gemacht werden. (Wir bringen den Vortrag in der nächsten Nummer zum Abdruck.) Gewerkschaftsarbeit ist sittliche Pflicht! Aus deinem christlichen Glauben heraus bist du verpflichtet, die in dir ruhenden Gaben und Fähigkeiten, deine ganze Persönlichkeit zur Entfaltung und zur Reife zu bringen, kurz, dich höher zu entwickeln. In gleicher Weise bist du zur Entfaltung und Höherführung deiner Familie verpflichtet. Die Gewerkschaftsbewegung will hierfür die materiellen Voraussetzungen schaffen. Durch die Gewerkschaftsarbeit leistest du aber auch zugleich Dienst an den Standesbrüdern und am ganzen Volk. So erfüllst du auf moderne Weise das Gottesgebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“

So so Gewerkschaftsarbeit aufgefaßt und betätigt wird, da wird der Glaube an die besondere Mission und die Zukunft unserer Bewegung so stark sein, daß er auch das Höchste wagen kann. Da wird aber auch das Verständnis für die finanziellen Erfordernisse des Standesaufbaues nicht fehlen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes

Vortrag von Ministerialrat Friedrich Schmidt auf dem Danziger Verbandstag (III. Schluß)

In einem Punkte müssen allerdings auch die unentwegtesten Verfechter der Anschauung, daß Wohnungsbau unproduktiv sei, Zugeständnisse machen. Auch sie müssen zugestehen und gestehen auch tatsächlich zu, daß er dort produktiv in jedem Falle ist, wo bisher die Arbeitskraft durch die Lage der Wohnung zur Arbeitsstätte beeinträchtigt wird. Das Reichsarbeitsministerium hat es in Anbetracht der Bedeutung dieser Frage für notwendig gehalten, sich durch Umfragen bei den beteiligten Landesregierungen und den kommunalen Spitzenverbänden sowie beim Reichsverband der deutschen Industrie über die tatsächlichen Verhältnisse einen gewissen Überblick zu verschaffen.

Die Berichte haben gezeigt, daß die Beeinträchtigung der Wirtschaft durch die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter weit bedeutender ist als bisher allgemein angenommen wurde.

Die Umschichtungen, die seit dem Kriege in der deutschen Industrie vor sich gegangen sind und denen die Wohnungsfürsorge nur in beschränktem Maße folgen konnte, berühren vor allem die großen Industriezentren an Rhein und Ruhr und in Mitteldeutschlands, sie greifen aber auch auf die übrigen Wirtschaftsgebiete über. Viele Produktionswerkstätten wären in der Lage, sich auszuweiten, wenn nicht die Herbeischaffung der notwendigen Arbeitskräfte am Wohnungsmangel scheitern würde. Gerade die in Dauerwohnungen festhaften Arbeiterkreise sind aber die wertvollsten. Es liegt auf der Hand, daß der verheiratete Arbeiter, der am Orte oder in unmittelbarer Nähe seiner Arbeitsstätte eine feinen Familienverhältnissen entsprechende Wohnstätte hat, sich auf die Dauer als der wertvollste Arbeiter erweist. Jeder Wechsel der Arbeitskraft beeinträchtigt die Produktionsleistung des Betriebes und führt zu Leerlauf und Verteuerungen durch Umlernungszeit neuer Arbeitskräfte, größeren Materialverbrauch usw. Jede neue Wohnung des Arbeiters, und zwar nicht nur des Handarbeiters, sondern auch des Büroangestellten und aller sonstigen im Betriebe zu Beschäftigten, ist daher ein Glied mehr im Sinne einer Verbesserung und Verbilligung der Produktion. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß eine zu große Entfernung der Wohnung von der Arbeitsstätte den Arbeiter schon ermüdet in den Dienst bringt, und ihm auch nach getaner Arbeit die zur Erholung notwendige Zeit mehr oder weniger stark beeinträchtigt. Nach den gemachten Erhebungen sind je nach den örtlichen Verhältnissen etwa 20-30 Prozent teilweise ein noch höherer Prozentsatz der Arbeiter gezwungen, täglich Strecken von 1-3 Stunden, ja sogar darüber hinaus, zu Fuß, auf dem Rade oder mit der Bahn zurückzulegen. Auch die Gefahr der Unfälle steigt sich hierdurch und führt unter Umständen zu weiteren Beeinträchtigungen der Produktion. Als Beispiele mögen genügen ein jährliches Werk, wo 80000 Arbeiter in 100 Gemeinden verstreut wohnen, der mitteldeutsche Kalibergbau, wo 10 Prozent der Belegschaft durchschnittlich über zwei Stunden zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurücklegen müssen, eine Steinzeugfabrik, bei der die Produktionsminderung infolge der Wohnungsnot 80 Prozent ausmacht und der Kernbezirk der mitteldeutschen Industrie, wo allein rund 24000 Arbeiterwohnungen zu bauen sind. In den Grenzgebieten tritt hierzu noch die Erscheinung, daß hochqualifizierte Arbeiter mangels einer entsprechenden Lage ihrer Wohnung zu einheimischen Fabrikbetrieben über die Grenze wandern oder umgekehrt deutsche Betriebe gezwungen sind, Arbeiter aus den Gebieten über der Grenze einzustellen. Solche Verhältnisse liegen sowohl an der Westgrenze gegen Holland, als auch an der

Ostgrenze gegen Polen und die Tschechoslowakei vor. In den drei oberschlesischen Industriestädten Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg fehlen allein 15 000 Wohnungen. Ueber 100 000 Flüchtlinge sind in den deutsch gebliebenen Teilen dieser Provinz zusammengedrängt. Tausende von Arbeitern, die ihre Beschäftigung im deutschen Industriegebiet haben, haben eine Entfernung von 50 bis 100 Kilometern von der Wohnung zur Arbeitsstätte zu überwinden. Ein Teil scheut die Last der täglichen Fahrt hin und zurück nicht, der übrige Teil bevölkert die Woche über die Schlafhäuser mit allen ihren Nachteilen und steht nur am Wochenende sein Heim und seine Familie. Mehrere Tausend aber sind gezwungen, täglich in die Arbeitsstätten Polnisch-Oberschlesiens hin- und zurückzuwandern, wie umgekehrt mehrere Tausend täglich aus Polnisch-Oberschlesien in deutsche Arbeitsstätten kommen. Vor allem ist es auch aus dem so schwer leidenden Niederschlesien bekannt, daß sich dort noch weite Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft ergeben würden, wenn es möglich wäre, die Wohnungsfrage in einem entsprechenden Sinne zu lösen. Niemand kann also wohl leugnen, daß hier ein umfassender Wohnungsbau im wahrsten Sinne des Wortes produktiv wäre.*)

Dies gilt aber nicht nur für industrielle Betriebe, sondern vor allem auch für die

Landwirtschaft.

Unsichtige Arbeitgeber haben längst erkannt, daß eine entsprechende Unterbringung der landwirtschaftlichen Arbeiter, zumal dort, wo es sich um kinderreiche Familien handelt, in gesunden und richtig gelegenen Wohnungen wesentlich die Summe der Arbeitskräfte und damit die Erzeugung des landwirtschaftlichen Betriebes zu heben imstande ist. Eine der wichtigsten Aufgaben des Wohnungsbauers muß es daher sein, gerade durch Hebung des Wohnungsbauers für Landarbeiter unsere Nahrungsmittelherzeugung zu heben und außerdem gleichzeitig die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte einzuschränken oder ganz unnötig zu machen.

Hinzu kommt die überragende

politische Bedeutung, die die Verdichtung deutschstämmiger Bevölkerung in den dünnbesiedelten ländlichen Grenzbezirken,

vor allem im Osten unseres Vaterlandes hat. Daß diese Gesichtspunkte von keiner Seite verkannt werden und die Produktivität des Wohnungsbauers für die vorgenannten Fälle wenigstens rechtlos anerkannt wird, beweist auch die Stellungnahme der Beratungskommission, der die gutachtliche Neuerung über die Notwendigkeit der Hereinnahme von Auslandsgeld für den Wohnungsbau obliegt. Auch sie hält es in ihrer „Denkschrift über das Arbeitsgebiet und die Tätigkeit der Beratungsstelle“ für vertretbar, Auslandsgeld für den Wohnungsbau dort zu vergeben, wo „die für die Versorgung der Bevölkerung notwendige Produktion landwirtschaftlicher oder industrieller Erzeugnisse oder die Erzeugung ausfuhrfähiger Waren durch die Wohnungsverhältnisse nachweislich beeinträchtigt wird, indem entweder Arbeitskräfte überhaupt nicht zur Verfügung stehen oder die Arbeitskräfte infolge ungünstiger Wohnungsverhältnisse in ihrer Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt sind“. Es kann aber nicht genug betont werden, daß es nicht angeht, die Produktivität des Wohnungsbauers ausschließlich auf die vorgenannten Verhältnisse zu beschränken.

Und schließlich noch eins: Im weitesten Sinne des Wortes ist der Wohnungsbau produktiv auch dadurch, daß eine ausreichende gesunde Unterbringung der Bevölkerung die

Grundlage für die ganze Staatsexistenz

bildet. Ein durch schlechtes Wohnen gesundheitlich und sittlich zermürbtes, verbittertes und heruntergekommenes Volk wird stets eine Gefahr für die Existenz des Staates bilden. Der ungeheure staatspolitische Wert der An siedlung in Eigenheimen tritt nie so stark in die Erscheinung, wie in Tagen der Staatsumwälzungen. Der beste Volksgenosse wird immer der sein, der einen Teil des Volksvermögens in der Form der eigenen Heimstätte sein eigen nennen darf.

Daß auch das

Ausland

die ungeheure Bedeutung einer entsprechenden Wohnungsfürsorge für das Staatsganze in vollem Maße erkannt hat, beweist das Vorgehen Englands. Während dort, wenigstens soweit die Großstädte in Frage kommen, früher in sehr großem Umfang der Hochhausbau gepflegt worden ist, ist England bereits in der Vorkriegszeit zielbewußt dazu übergegangen, die neuen Wohnungen im Flachbau, möglichst im Einfamilienhaus, unterzubringen. Mit bewun-

derungswürdiger Tatkraft hat man diese Politik dort nach dem Kriege fortgesetzt. Wer heute durch England reist, wird feststellen können, daß, abgesehen von den Sanierungsvierteln in den Großstädten, wo gesetzliche Bestimmungen zur Wiederherstellung abgebrochener Wohnungen im mehrgeschossigen Stagenhaus zwangen, ausschließlich Flachbau gefördert wird. Von den vielen Wohnungen, die dort nach dem Kriege erstellt worden sind, ist nicht eine einzige im Hochhausbau. Der Engländer hat also offenbar den ungeheuren Vorteil erkannt, den die Unterbringung gerade der arbeitenden Bevölkerung im Einfamilienhaus mit Gartenland nicht nur für die Hebung der Arbeitsleistung, sondern vor allem für die staatspolitische Erziehung der Bevölkerung, und damit für die gesicherte Entwicklung des Staatsganzen hat.

Es gibt Fälle, in denen man Beweise noch schlagender von der negativen Seite her erbringen kann. Stellen wir uns vor, daß heute das im Inlande zum Wohnungsbau aufgebrachte Kapital plötzlich versiegen und die Hereinnahme von Auslandsgeld zum Wohnungsbau verhindert würde.

Was wäre die Folge?

Ein großer Teil der Millionen deutscher Arbeiter, die im Bau- und Baustoffgewerbe beschäftigt sind, und weitere Millionen von Arbeitern, deren Betriebe durch das Versiegen der Bautätigkeit Not leiden würden, wären damit beschäftigungslos und der Erwerbslosenfürsorge anheimgefallen. Millionen Einwohner würden brotlos werden und der öffentlichen Fürsorge überantwortet werden. Die Einkünfte aus Steuerquellen würden sich plötzlich gewaltig verringern. Glaubt jemand, daß Deutschland, dessen Arbeitskraft ja leider in erheblichem Umfange dem Auslande zugute kommen muß, dann in der Lage wäre, auch nur einen Pfennig an Reparationslasten abzuliefern? Im Gegenteil, mit absoluter Notwendigkeit wäre der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und die stärkste Gefährdung des Staatsganzen zu erwarten. Der Wohnungsbau bildet also jedenfalls unter den heutigen Verhältnissen die unerläßliche Grundlage, auf der sich die Existenz der deutschen Wirtschaft aufbaut. Er ist produktiv im vollsten Sinne des Wortes, und die Volkswirtschaft ist um so produktiver, je stärker der Wohnungsbau gefördert wird.

Allerdings muß zugegeben werden, daß die Eingliederung des Baugewerbes in die Volkswirtschaft

heute noch keinesfalls in vollem Umfange befriedigend ist. Solange das Baugewerbe in mehr oder minder großem Umfange ein Saisongewerbe ist, dessen Betätigung sich in überwiegendem Umfange auf etwa drei Viertel des Jahres beschränkt, solange während des vierten Viertels, oft auch auf längere Zeit, regelmäßig ein Drittel bis zur Hälfte aller Bauarbeiter beschäftigungslos sind und das im Baugewerbe investierte Kapital unverzinst bleibt, ist der Leerlauf unverantwortlich groß. Allein der Lohnausfall während der Wintermonate läßt sich auf weit über 100 Millionen RM. monatlich schätzen, übersteigt also 300 Millionen RM. jährlich. Die während der ungenutzten Zeit fehlende Kaufkraft bleibt naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Wirtschaftszweige. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muß daher im Interesse der gesamten Volkswirtschaft versucht werden, die Bautätigkeit durch geeignete Umstellungen in der Technik auch auf die Wintermonate zu erstrecken. Wir müssen durch die Technik den Winter überwinden. Auch der gleichmäßigere Verteilung der Bauarbeiten während der guten Bauzeit muß mehr als bisher das Augenmerk zugelenkt werden. Die Häufung von Bauaufträgen zu bestimmten Jahreszeiten führt naturnotwendig zu Preisüberschüssen, die sich sowohl bei der Vergabe der Bauarbeiten selbst als auch bei dem Bezug der Baustoffe auswirken. Nebenbetrachtungen aber schmälern den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt des Baues. Die durch solche Schwankungen bedingte Ungleichmäßigkeit der Beschäftigung erschwert aber auch eine sichere stabile Preisbildung und Preiskontrolle. Sie ist auch von größtem Nachteil für die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsmittel; denn im Sommer beiragt die veränderte Baustoffmenge bisher z. B. viermal so viel wie in den Wintermonaten; gerade dieser schwankende Verkehr bedingt viel Leerlauf. Es genügt also nicht, daß überhaupt gebaut wird, mindestens ebenso wichtig ist es vielmehr, dafür zu sorgen, daß zur richtigen Zeit gebaut wird. Die ganzen Maßnahmen der Rationalisierung können sich nicht auswirken, wenn nicht für gleichmäßigen Abfluß der Bauergebnisse und gleichmäßigen Fortgang der Bauarbeiten Sorge getragen wird. Es muß zugegeben werden, daß eine nicht geringe Ursache für dieses ungenügende Funktionieren der Bauwirtschaft den Stellen zur Last fällt, vor allem den öffentlichen, die die Verteilung der zum Bau notwendigen Gelder in der Hand haben. Ein Teil entfällt aber auch auf die Banherren, die in der Absicht, ihren Bau so

rasch wie möglich durchzuführen, die größeren Gesichtspunkte einer gleichmäßigen Arbeitsverteilung, deren Früchte gerade ihnen zugute kämen, außer acht lassen.

Und noch in einem anderen Sinne kann und muß der volkswirtschaftliche Wert des Bauens, und vor allem der wirtschaftliche Nutzeffekt, der mit der Zuleitung öffentlicher und privater Mittel in den Wohnungsbau erzielt werden soll, gehoben werden.

Mehr als bisher muß der Wohnungsbau dort gefördert werden, wo die wirtschaftliche Entwicklung es verlangt.

Die Notwendigkeit, gerade bei der Verteilung der öffentlichen Wohnungsbau Gelder die Erfordernisse der Wirtschaft stärker betont zu sehen, hat das Reichsarbeitsministerium erst neuerdings veranlaßt, das Augenmerk der nachgeordneten Stellen auf diese wirtschaftlichen Zusammenhänge zu lenken. Ausgehend von der Erfahrung, daß die Vermittlung von Arbeitskräften in Arbeitsstellen außerhalb ihres Wohnortes vielfach daran scheitert, daß in dem neuen Wohnort keine Wohngelegenheit vorhanden ist, andererseits aber die Wohnungsverwaltungen der Länder sich bereit erklärt haben, die Hauszinssteuerermittel vor allem in die Gemeinden zu leiten, in denen eine Vermehrung des Wohnraums aus arbeitsmarktpolitischen Gründen notwendig sei, wurde die Notwendigkeit betont, die Hauszinssteuerbehörden rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen, wo Schwierigkeiten bei der Arbeitsvermittlung auftreten, damit die Verteilung der Hauszinssteuer in diesem Sinne gesichert werden kann. Insbesondere sollten solche Fälle berücksichtigt werden, in denen Gemeinden infolge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, z. B. Niederlassung neuer Industriezweige, in den letzten Jahren einen größeren Zuzug von Arbeitskräften erhalten oder für die nächste Zeit zu erwarten haben.

Wenn wir alle die Momente zusammenfassen, die sich bei der Betrachtung des Verhältnisses der Bauwirtschaft zur gesamten Volkswirtschaft ergeben haben, so läßt sich feststellen,

daß das Baugewerbe und im besonderen der Wohnungsbau nicht nur im wahrsten Sinne des Wortes produktiv ist, sondern geradezu die unentbehrliche Grundlage bedeutet, auf der sich das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft überhaupt aufbaut.

Entwicklung einer gesunden Wirtschaft und Belebung des Baumarcktes sind schicksalsmäßig aneinander gebunden. Das Vorbild Amerikas, wo die Summe der jährlichen Bauaufträge 6-7 Milliarden Dollar, also fast 30 Milliarden Mark beträgt, und die starke Aktivität der Bauindustrie nachweislich der wichtigste Faktor für die weite, günstige Wirtschaftsausdehnung ist, kann uns Wegweiser sein.

Hiermit ist es aber nicht in Einklang zu bringen, wenn dem deutschen Wohnungsbau der ausländische Geldmarkt von irgendeiner Seite fast voll versperrt wird.

Während von den seitens der Kommunen im Inlande aufgenommenen langfristigen Anleihen nach den Aufstellungen des Deutschen Städtetages 28 Prozent für den Wohnungs- und Siedlungsbau verwendet wurden, beträgt der Anteil des Wohnungsbaus an der Gesamtsumme der ausländischen Kommunalanleihen kaum 1/3 Prozent — gegenüber 52 Prozent für Elektrizitätsversorgung, 22 Prozent für Verkehrsunternehmungen und 20 Prozent für Gas- und Wasserversorgung. Der Bedarf an Kapital für Anlagen aller Art ist aber in Deutschland immer noch so groß, daß das Angebot aus inländischer Kapitalbildung nicht ausreicht. Grund ist die Tatsache, daß kein Land, wenigstens kein industriell hoch entwickeltes, soviel Kapitalanlagen aus der Kriegs- und Inflationszeit nachzuholen hat wie Deutschland, und daß infolge der Dawes-Lasten die Kapitalbedeckung außerst geschnälert wird. Als naturnotwendige Folge ergibt sich hieraus, daß, wenn und soweit das Inlandskapital nicht reicht, dem Wohnungsbau zum mindesten dieselbe Möglichkeit gegeben werden muß, ausländisches Kapital zur Deckung des finanziellen Bedarfes heranzuziehen, wie der Industrie und allen anderen lebenswichtigen Zweigen der deutschen produktiven Wirtschaft. Die ruhige Entwicklung der europäischen, ja, der Weltwirtschaft ist zumal bei der zentralen Lage Deutschlands von der entsprechenden Wiedereingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft abhängig, ein unentbehrlicher Grundpfeiler für die deutsche Wirtschaft aber ist das deutsche Baugewerbe.

Allgemeine Rundschau

Internationale Theorie und nationale Praxis

Die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses der internationalen Sozialdemokratie liegen jetzt vor. Nach den Fragen über die allgemeine Politik beschäftigte man sich in Brüssel in der großen Entscheidung mit

* Vgl. „Wohnungsfrage in den Industriestädten“ von Johannes Hoff, Leipzig 1928, S. 11.

den Fragen der Wirtschaftspolitik. Nachdem die führenden Sozialisten in den verschiedensten Ländern seit Jahren verantwortlich an der Regierung teilnehmen, müßte man erwarten, daß ihre Erfahrungen und neuerworbenen Kenntnisse die Thesen beeinflussen, die den Proletariern aller Länder nun Zeitern werden sollen. Aber die Entschlebung des Brüsseler Sozialistenkongresses bringt nur eine Anhäufung von verworrenen Phrasen, die bei Nachprüfung Kopfschütteln erregen. Nachdem man festgestellt hat, daß in jedem Lande der Kapitalismus kampflüsterner und raubgieriger als je die Lasten des Krieges auf die Arbeiter abwälzt, wendet man sich an die amerikanischen Arbeiter, denen eine Lebtenrede gehalten wird, weil sie vom Evangelium des Marxismus nichts wissen wollen. Dabei interessiert folgende Stelle:

„Die Kapitalisten Eures Landes verkünden stolz, daß Eure Lebenshaltung höher sei als die Eurer Brüder in anderen Ländern. Aber amerikanisches Kapital strömt unaufhörlich nach Europa, um dort billigere Arbeitskräfte zu finden, deren Ausbeutung Eure Lebenshaltung durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit bedroht.“

In Deutschland ist man bisher der Meinung gewesen, daß der Lohnstandard der Arbeiterchaft der U. S. A. nur durch die Einwanderung billigerer Arbeitskräfte oder durch die Einfuhr von mit billigen Arbeitskräften erzeugten Waren bedroht werden kann. Durch die amerikanische Kapitalausfuhr wird aber die Produktion der europäischen Industrie erhöht, was sowohl stärkere Bindung von Arbeitskräften wie eine allmähliche Lohnsteigerung bedeutet. Gerade für uns ist Auslandskapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft böllig unentbehrlich. Hätten wir seit 1924 die Aufnahme von Auslandsgeld abgelehnt, würden wir eine Wirtschaftskrise haben, die den deutschen Arbeitern das größte Elend gebracht hätte. Die deutsche Sozialdemokratie glaubt wahrscheinlich diesen Ansinn der Brüsseler Entschlebung selbst nicht, denn sie ist es ja gewesen, die bei allen Gelegenheiten die Notwendigkeit der Kapitalzufuhr betont und gefördert hat. Duzende von sozialistischen Bürgermeistern haben sich nach Amerikaanleihen gedrängt. Eine Großstadt ist heute in der Volksmeinung nicht mehr auf der Höhe, wenn sie nicht eine Amerikaanleihe aufgenommen hat. Sozialistische Bürgermeister sind zur Durchführung der Anleihe-Emission nach Newyork gefahren. Aber in Brüssel sind die Sozialisten gegen die amerikanische Kapitalausfuhr, weil das so gut in den Stil ihrer Phrasologie paßt. Wie lange wird sich die Arbeiterchaft noch durch diese Phrasologie täuschen lassen?

Tarifbewegung

Nachen

Wenn man unsere Jugendbewegung verfolgt, dann stellt man fest, daß in allen Bezirken eine Anzahl Lehrlinge im Baugewerbe zu Gesellen herangebildet werden. Aber auch aus der Rechtschulstätigkeit erhebt man, daß eine ganze Anzahl junger Lehrlinge gegen die Meister an den Arbeitsgerichten vertreten werden mußten und für die Lehrlinge erhebliche Vorteile erreicht wurden.

Wir im Nacher Gebiet kennen fast keine Lehrlinge. Alle Bemühungen unsererseits, Lehrlinge im Baugewerbe unterzubringen, waren bisher mit wenigen Ausnahmen erfolglos. Im Jahre 1926 hat der Unterzeichnete wiederholt mit Vorstandsmitgliedern des Arbeitgeberverbandes verhandelt, wobei die Arbeitgebervertreter für die Einstellung von Lehrlingen sprachen. Wir haben aber nur einen unterbringen können. Nachdem dann die Lehrlingsfrage in unserem Reichstatarifvertrag geregelt wurde, war überhaupt kein Lehrling mehr unterzubringen. Leider liegen die Dinge im Nacher Gebiet so, daß die jungen Kollegen, wenn sie vier bis fünf Jahre als Hilfsarbeiter am Bau gearbeitet haben, mit an die Mauer gestellt werden und den Titel Lehrmaurer erhalten. Diesen Titel behalten sie dann oft jahrelang. In sehr vielen Fällen wird auch noch nach vier bis fünf Jahren der Lehrmaurerlohn gezahlt, der im höchsten Fall dem Hilfsarbeiterlohn gleichkommt.

Mit diesen Lehrmaurern wird im Nacher Gebiet vielfach ein Vohndruck ausgeübt, indem man bei der dauernd schlechten Konjunktur die Maurer, welche den Tariflohn verlangen, zuerst entläßt, dagegen die Lehrmaurer bevorzugt. Nur zu oft lassen sich junge Kollegen durch Versprechungen der Unternehmer, daß sie bei tüchtiger Leistung bald ans Mauern kommen und mehr verdienen würden, betören, zu untertariflichen Löhnen zu arbeiten. Sie warten meist vergebens auf die Einlösung des Versprechens.

So hatten wir jetzt einen Fall am Arbeitsgericht zu vertreten. Der Kollege ist im Februar 19 Jahre alt geworden, war seit drei Jahren bei der Firma Paucé & Necker aus Brand bei Nachen beschäftigt und hatte auf das Versprechen, daß er ans Mauern komme, weit unter Tariflohn gearbeitet. Necker ist Dunkel über den Kollegen. Als nun der Kollege sah, daß er doch nicht ans Mauern kam, verlangte er den Tariflohn. Die Folge war Entlassung.

Wir haben von dem Tage ab, wo der Kollege den Tariflohn verlangt hat, den Tariflohn und Ferten eingeklagt. Leider wurden wir mit der Klage abgewiesen mit der folgenden Begründung:

„Der Kläger steht in nahem verwandtschaftlichem Verhältnis zu einem der Firmeninhaber. Die Beklagte hat ihm zugesagt, ihn als Maurer auszubilden. Ob die Beklagte diese Verpflichtung erfüllt hat, kann für die gegenwärtige Klage dahingestellt bleiben. Selbst wenn die Beklagte ihre Verpflichtung nicht erfüllt

Am 15. Sept. 1928 ist der siebenunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

hätte, würde dies den Anspruch des Klägers auf Zahlung des Lohnes eines Hilfsarbeiters nach dem Tarif nicht rechtfertigen. Das ganze Dienstverhältnis ist nicht auf den Tarifvertrag aufgebaut, sondern auf besondere Abmachungen mit dem Zweck, den Kläger auszubilden. Derartige Verhältnisse sind im Tarifvertrag nicht geregelt und können für ein solches Verhältnis die Tarifbestimmungen nicht in Frage kommen. Hinzu kommt, daß der Kläger in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Beklagten stand und deshalb das Verhältnis von diesen verwandtschaftlichen Beziehungen beeinflusst war. Die Tätigkeit des Hilfsarbeiters gehört zu dessen Ausbildung, so daß das Gericht der Ansicht ist, daß der Kläger auch zu diesen Arbeiten herangezogen werden konnte. Der Klage mußte daher der Erfolg verweigert bleiben, weil der Tarifvertrag, unbeschadet seiner Allgemeinverbindlichkeitserklärung, auf das zwischen den Parteien bestehende Vertragsverhältnis aus den obigen Gründen keine Anwendung findet. Ueberdies ist das Gericht auch der Ansicht, daß der Kläger einen angemessenen Lohn erhalten hat. Derselbe liegt 7-8 Pf. unter dem Tariflohn eines Hilfsarbeiters. Mit Rücksicht darauf, daß der Tarif keine Anwendung findet, ist auch der Urlaubsanspruch des Klägers nicht begründet. Die Klage wurde deshalb kostenfällig abgewiesen.

Gegen diese Entscheidung ist ein Rechtsmittel nicht gegeben.

Das Urteil des Arbeitsgerichts ist schlechtweg nicht zu verstehen, da es dem Reichstatarifvertrag glatt entgegensteht. Es gibt keinen Bauarbeiter, der dem Reichstatarifvertrag nicht untersteht. Der Tatbestand konnte gar nicht klarer sein. Ein Lehrvertrag bestand nicht, und unser Kollege war mit den Arbeiten eines Hilfsarbeiters beschäftigt. Folglich war ihm nach § 1 Ziffer 4 R. L. B. und nach § 2 des Reichstatarifs der volle Bauhilfsarbeiterlohn zu zahlen. Leider ist das Urteil, trotzdem es doch offensichtlich von grundsätzlicher Bedeutung ist, vom Arbeitsgericht als nicht berufungs-fähig erachtet worden.

Aus dem Verbandsleben

26. Stiftungsfest der Ortsgruppe Osnabrück

Von herrlichem Wetter begünstigt, konnte am Sonntag die Ortsgruppe Osnabrück unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder und Freunde des Verbandes ihr 26. Stiftungsfest feiern, das durch eine Fahnenweihe eine besondere Note erhielt. Maurerpoller Schlie begrüßte als Festleiter die Gäste und dankte namentlich den weiblichen Festteilnehmern für das durch den Besuch erwiesene Interesse an der Gewerkschaft. Insbesondere begrüßte er sodann die erschienenen im Kartell christlicher Gewerkschaften zusammengeschlossenen Bruderverbände und ferner den Vertreter des Hauptverbandes, Anton Schmidt, Berlin. Wir haben uns hier eingefunden, so führte er weiter etwa aus, um den 27. Geburtstag der Ortsgruppe zu feiern und die Weihe unserer Fahne vorzunehmen. Ein seit langer Zeit ersehnter Wunsch geht damit in Erfüllung, und ich danke allen, die daran mitgeholfen haben, daß wir unser Ziel erreichten. Für ein paar Stunden wollen wir heute den grauen Alltag vergessen und frohen Mut sammeln für die Aufgaben, die die Vergangenheit uns zu lösen überließ.

Nach einem Vorschlag des Jugendführers der Ortsgruppe, Heinz Fikser, nahm Kollege U. Schmidt, Berlin, das Wort zu seiner Festrede. Er sagte u. a.: Es freut mich, daß meine Anregung gelegentlich des 26jährigen Stiftungsfestes im vorigen Jahr, eine Fahne zu beschaffen, nicht umsonst gewesen ist. Die Fahne war von jeher das Symbol des Zusammen-schlusses, der Einigkeit und der gemeinsamen Willensvertretung. Dieser Bestimmung entsprechend mag sie sich denn entfalten bei Anlässen der gemeinsamen Freude, des gemeinsamen Leidens und der gemeinsamen Nachtenthaltung. Voranleuchten soll sie uns auch im Kampf um Freiheit und Menschenwürde und Sammelpunkt werden aller auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter. Wenn man uns sagt, was wollt ihr als Arbeiter, um euch dreht sich ja alles im wirtschaftlichen und politischen Leben, so ist dem entgegenzuhalten, daß man uns nicht gerecht wird als härtestem Faktor. Ich übergebe die Fahne in treue Hände. Möge unter ihr mit aller Kraft im Interesse der Gewerkschaft gearbeitet werden.

Als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Osnabrück übernahm Heinrich Fischer die Fahne. Durch Frau Frankenberg wurde sodann ein von den Damen der Mitglieder des Verbandes gestifteter Wimpel mit dem Gelobnis des festen Zusammenstehens mit den Männern überreicht. Im Auftrage der Sektion Osnabrück der Folter-, Schwacht- und Werkmeister übergab Folter August Bodrath einen Fahnen Nagel und wies darauf hin, daß die Fahne drei schlichte Worte spreche: Einigkeit macht stark! Hierauf mußte sich der gute Ruf, die Macht und die Größe der deutschen Bauhandwerker aufbauen. Weiter wünschte er, daß die Fahne die christlichen Grundzüge in das gesamte Bauhandwerk hineinbringen möge. Der Vertreter des Kartellverbandes der christlichen Gewerkschaften, Arbeiterleiter Bernhard Schoppmeyer, übermittelte die Glückwünsche und überreichte einen weiteren Fahnen Nagel. Die Ortsgruppe Osnabrück des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter bewies durch die Fahnenweihe, die

sie als erste unter den Bruderverbänden vornehmen könne, ihre Kraft und Zusammengehörigkeit. Mit einem Hoch auf den Verband klangen seine Ausführungen aus. Schließlich überreichte noch Anton Schmidt im Namen des Hauptverbandes einen Fahnen Nagel. Nach Beendigung der Fahnenweihe folgte ein Festball, der die Teilnehmer noch für einige an-geregte Stunden zusammenhielt. W. L.

Fahnenweihe der Ortsgruppe Ober-Glogau

Seit 26 Jahren besteht in Ober-Glogau eine Ortsgruppe des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter. Mehr als ein Vierteljahrhundert großer Wirtschaftsnöte, gewaltiger politischer Umwälzungen hat unsere Ortsgruppe sieghaft zu überdauern vermocht. Aus dem einst kleinen Kreis am mächtigen Baume der christlichen Gewerkschaften hat sich ein starker, weitefterer Ast entwickelt. Der Kreis der Gründer freilich, die damals begeistert die Ideale der christlichen Gewerkschaften aufgriffen und ihnen fortan in Ober-Glogau eine Pflegestätte bereitet, ist ge-lichtet. 26 Jahre bedeuten viel im Menschenleben. Verblieben in steter Aufwärtsbewegung, herausgewachsen ist ihre Hinterlassenschaft, das Bekenntnis der Arbeiterchaft zu den Grundfesten der christlichen Arbeiterbewegung. Die Jugend hat das Erbe der Väter angetreten. Was einstens in Gründungsjahren den Impuls heiligen Bekenntnemes entzündete, wirkt und leuchtet heute in der Jugend fort. — Der stattliche Festzug am letzten Sonntag gab hier von ein lebendiges Bild.

Die Männer, denen jahrzehntelanges, werktätiges Schaffen die Abelszeichen der Arbeit in Hand und Antlitz geprägt hat, die seit Gründung der hiesigen Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes führend und fördernd sich für Arbeiterbelange einsetzten, haben vor allem der Jugend die neue Fahne gestiftet. Symbol soll sie sein der hohen Ideale und Ziele, die die christliche Arbeiterbewegung vertritt, Sammelpunkt einer selbstbewußten Standesvereinigung. Mahnen soll sie das junge Geschlecht an die Taten der Alten, die ihm bahnbrechend die Wege ebneten, mahnen soll sie zur Dankbarkeit, mahnen zur Standhaftigkeit und Treue.

Möchte das stolze, junge Banner der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Bauarbeiterverbandes lebendig Wahrzeichen sein festberanker Bestrebungen, möchte es ihr voranflattern einer lichten, wirtschafts-geunden Zukunft entgegen, möchte den Wünschen, die der neuen Fahne am Sonntag in kirchlicher und weltlicher Feier auf den Weg gegeben wurden, viel-gestaltige Erfüllung werden.

Ein Gottesdienst in der katholischen Pfarrkirche, an dem neben dem veranstaltenden Verein der Militärverein, katholische Gesellenverein, katholische Arbeiterverein und Männerturnverein teilnahmen, leitete das sonntägige Fest ein. Herr Vikar Sigulla zelebrierte ein feierliches Hochamt mit Missen; im Anschluß an seine gehaltvolle Festpredigt vollzog Herr Vikar Sigulla die kirchliche Weihe der neuen Fahne.

Nachmittags 2 Uhr traten die genannten Ver-eine zur weltlichen Feier an. Unter den flotten Klän-gen der Ober-Glogauer Stadtkapelle ging es um den Ring. Vor dem Kriegerdenkmal nahm der stattliche Festzug im offenen Bierck Aufstellung. Hier entbot der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Bialek, allen Erschienenen ein herzlich Willkommen.

Alsdann nahm Herr Stadtrat Rembiol das Wort, dankte namens der städtischen Körperschaften für die Einladung und versicherte herzliche Glückwünsche. Mit besonderer Genugtuung stellte Redner fest, daß dem Stadtparlament Männer aus dem christlichen Bauarbeiterverbände angehören, die mit Umsicht und Klug-heit zum Wohle der Stadt wirken. Herr Stadtrat Rembiol schloß mit dem Segenswunsch, den auch die Fahne trägt: „Gott segne die christliche Arbeit!“

Die Fest- und Weiherede hielt sodann Herr Be-zirksleiter Gottschalk-Breslau. Wir entnehmen aus ihr die markantesten Gedankengänge:

Das Band, das uns eint, ist der Wille, die deutsche Arbeiterchaft zu Recht und Freiheit zu führen. — Ziel, das uns vorichweht, suchen wir auf dem Boden der christlichen Grundzüge zu erreichen. — Wir kämpfen um Recht im Wirtschaftsleben, um Recht in der gesellschaftlichen Ordnung, um Recht im staatlichen Zu-sammenleben der deutschen Menschen. Auf der Basis eines auskömmlichen wirtschaftlichen Daseins soll die Ge-werkschaft die Arbeiterchaft geistig und sittlich fördern. Dazu steht unsere Bewegung mitten im deutschen Volks-leben. — Die Treue ist alles: Aktive Mitarbeit und Gestaltung an den großen sozialen Problemen, die die Menschheit durch Jahrhunderte hindurch bewegten. Männer wie Leo XIII., Ketteler, Stöcker, Brauns usw. zeigen uns den Weg erfolgreichster christlicher Sozialpolitik.

Ein Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren erhellt den großen Aufstieg in der wirtschaftlichen und so-zialen Stellung des Arbeiters, zeigt intensive Ge-werkschaftsarbeit. Unser Dank gebührt den Veteranen der Arbeiterbewegung. Denkt daran, junge Freunde! Wißet, daß die Zukunft des deutschen Arbeiterstandes euch anheimgegeben, eurem Einfluß, eurer Willens-kraft, der Stärke eures Glaubens. Nicht im Kampf um die fremden Ideenwelten liegt unsere erste Auf-gabe, sondern im innersten Erfassen der eigenen Ideen- und Geisteswelt. Diesen Weg wollen wir mut-voll und zielbewußt gehen.

Der Festredner schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und die christliche Arbeiterbewe-gung. Hierauf wurde das Deutschlandlied gesungen. An die nunmehr enthüllte Fahne besetzte die Patin, Frau Dachbedermeister Braetor, mit besten Segens-wünschen ein Fahnenband. Namens des Fabrik- und Transportarbeiter-Verbandes überreichte Herr Maurer Nowak einen Fahnen Nagel. Es folgte ein lilles Ge-

denken für die gefallenen 28 Helden der Ortsgruppe. Die Kapelle spielte das Kameradenlied.

Sabann wurde Aufstellung zum Ausmarsch auf die Festwiese genommen. Hier war für Bewirtung bestens gesorgt, und bald setzte das lebendige Wogen eines Volksfestes ein. Bei Anbruch der Dunkelheit erfolgte der allgemeine Einmarsch. Das wohlgelungene Fest klang aus mit einem Tanzkränzchen.

Verwaltungsstelle M.-Glabbech. Die am Sonntag, dem 26. August 1928 stattgefundene Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit dem Ergebnis der 15. Generalversammlung. Bezirksleiter Kollege Hänschen gab einen ausführlichen Bericht, der zu einer lebhaften Aussprache, ganz besonders über die beabsichtigte Verlängerung der Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung, führte. Einstimmig und mit scharfen Worten verurteilten sämtliche Kollegen die Absicht des Verwaltungsrates der Reichsanstalt, für Bauarbeiter die Wartezeit zu verlängern und die Bezugsdauer zu verkürzen. In einer Entschließung der Versammlung wurde auf das nachdrücklichste verlangt, daß man die Bauarbeiter nicht als Versicherte 2. Klasse betrachten soll. Gegen jede Ausnahmestellung und Ausnahmebehandlung wurde auf das entschiedenste protestiert. Die Vertreter des Verbandes und auch der übrigen Bruderorganisationen sollen alles daran setzen, um die Gleichstellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung zu erreichen. — Weiter wurde dann noch beschlossen, die Mitgliederbergsammlung jetzt regelmäßig jeden dritten Sonntag im Monat morgens 10 Uhr im Lokal bei Haselner, Hiesstraße abzuhalten. Mit dem Versprechen, eifrig für die Organisation zu arbeiten, und zur nächsten Versammlung mindestens jeder ein neues Mitglied mitzubringen, fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

Verwaltungsstelle Dortmund. Am Sonntag, dem 26. August fand unsere Verwaltungsstellenkonferenz statt. Der Tätigkeits- und Rapportbericht lag gedruckt vor. Derselbe fand volle Anerkennung. Dann berichtete Kollege Streicher über die 15. Generalversammlung in Danzig. Seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Kollege Petri dankte dem Redner für die Berichterstattung und bat die Konferenzteilnehmer, in der Diskussion sachlich zu bleiben. Es zeigte nun eine rege, sachliche, aber oft sehr scharfe Aussprache ein. Einzelne Beschlüsse wurden sehr unter die Lupe genommen, dazu gehörte auch der Beschluß, daß seitens des Verbandes ab 1. Oktober wieder Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden und eine Beitragserhöhung erfolgen soll. Die Redner waren der Ansicht, daß durch die Beitragserhöhung die Mehrausgaben in keiner Weise gedeckt seien. Die Kampftrakt unseres Verbandes dürfe aber nicht geschwächt werden. Wer diese Ausführungen anhören konnte, mußte sagen, daß ein guter gewerkschaftlicher Geist vorhanden ist. Es zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussion: „Erhaltung der Schlagkraft unseres Verbandes“. Durch die Ausführungen des Kollegen Petri beruhigten sich die Gemüter. Nach einhelliger Aussprache fand folgende Entschließung ein i m i g Annahme:

Entsch. Lieburg: Die Verwaltungsstellenkonferenz erkennt an, daß die Generalversammlung die höchste Instanz unseres Verbandes ist und die Beschlüsse der Generalversammlung daher vollinhaltlich zu befolgen sind. Die Konferenz erwartet vom Zentralvorstand und Verbandsauschuß, daß sie peinlich darüber wachen, daß durch Zahlung der Nebenunterstützungen die Kampftrakt unseres Verbandes nicht in Frage gestellt wird. Die Löhne der Bauarbeiter im Industriegebiet liegen den Verhältnissen nach sehr im Argen, dieselben müssen bei der nächsten Verhandlung wesentlich aufgebessert werden, auch sind manche Bestimmungen des Reichstaxtarifvertrages für die Kollegen unerträglich. Der Verbandsvorstand und Auschuß hat die Pflicht, sobald eine Schwächung unseres jetzigen Verbandsvermögens durch die Erwerbslosenunterstützung eintritt, die Unterstützung außer Kraft zu setzen. Bei Wiederaufhebung der Unterstützung sind die jetzt bestehenden Wochenbeiträge wieder einzuführen. Die Konferenzteilnehmer versprechen nach wie vor mit allen Kräften für die Erhaltung unseres Verbandes einzutreten. Nur durch Geschlossenheit sind wir in der Lage unser Loos zu verbessern und auch die geplante Ausnahmebestimmung der Reichsanstalt für Bauarbeiter zu verhindern. H. Petri.

Reinhof (St. Julka). Am 29. August fand unsere Mitgliederbergsammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden Worten. Vor allem sprach er den Dank der Zahlreiche Glieder aus für die Beteiligung an der Sammlung für den plötzlich verstorbenen Kollegen Barth. Hieran erteilte er dem Kollegen Stahl das Wort zu seinem Vortrag. Kollege Stahl schilderte in eindrucksvollen Worten den Stand der Verwaltungsstelle Julda, in der es augenblicklich gut vorangeht. Durch tüchtige Agitation eines jeden Mitgliedes sei aber noch viel zu machen. Mehr öffentliches Auftreten und ganz besonders Werbung der Jugend sei notwendig, um so den Verband zu stärken, denn nur eine feste Organisation könne etwas leisten, und wir hätten noch vieles zu vollbringen. In der sozialen Fürsorge, beim Jubiläumsgesetz, B. müsse die Altersgrenze unbedingt auf 50 gesetzt werden, denn es gelinge heute kaum einem Vierzigjährigen, Arbeit zu erhalten. Das Arbeitslosengesetz müsse besser ausgebaut werden. Auch müsse der Verband auf der Hut sein wegen der Wartezeit für die Saisonarbeiterverträge. Die Gegner seien in den eigenen Bruderverbänden. Sodann leitete Kollege Stahl einiges über die Generalversammlung in Danzig, Erwerbslosenunterstützung und Juvallidenerwerbungsversicherung u. dgl. Zum Schluß erwähnte er zu wichtiger Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen in

der Agitation, dann kämen wir auch zu unserem Ziel. Der Vorsitzende dankte hierauf im Namen der Versammlung dem Kollegen Stahl. Er forderte ebenfalls auf, mehr Bekanntheit an den Tag zu legen, auch bei öffentlichen Wahlen, Gemeindevahlen usw. Er führte als Beispiel den Elternbeirat an und sagte, daß die neue Elternratsliste nur aus einer Liste der Geschäftswelt bestehe und erst als letzten Ersatzmann setze man einen Arbeiter. Also nochmals, mehr Bekanntheit an den Tag legen und mehr Beteiligung an den Jugendvereinen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende, den „Deutschen“ mehr zu lesen, die Tageszeitung unseres Standes, und schloß die Versammlung um 12 Uhr.

Boitrop. Jubiläumsversammlung. Am Samstag, dem 1. September, hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Mitgliederbergsammlung ab. Nach Erstattung des Berichtes über den Verbandstag nahm Kollege Einig, Glabbech, die Ehrengabe der zwei Jubilare Franz Uebe und Georg Heinrich, beide aus Teistungen, Kreis Worbis, vor. Beide sind 25 Jahre Mitglieder unseres Verbandes. Sie haben durch ihre Tätigkeit bewiesen, daß sie die Grundfesten der christlichen Gewerkschaften und des christlichen Bauarbeiterverbandes erkannt haben. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz sind sie mutig und unverzagt den einmal beschrittenen Weg weitergegangen. Kein Opfer war ihnen zu groß und keine Mühe zu viel, wenn es galt, für die Ideale des christlichen Bauarbeiterverbandes einzutreten. Manche Not und harte Entbehrung mußten die christlichen Gewerkschaftler tragen, um sich durchzusetzen. War doch gerade in den Gründungsjahren der christlichen Gewerkschaften der Terror seitens der Konkurrenzverbände sehr nachhaltig und groß. Viele christliche Gewerkschaftler mußten ob ihrer Überzeugung wochenlang brot- und arbeitslos von einer Stadt zur anderen wandern. Die Familien gerieten dadurch oft in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Unbeschadet dessen hielten die alten Kämpfer wacker durch. Ihrer Aufgabe waren sie sich voll und ganz bewußt. Sie hielten durch und erreichten, daß heute der christliche Bauarbeiterverband und die Gesamtbewegung einen beachtenswerten Faktor im Staats- und Wirtschaftsleben darstellen. Ihre Arbeit hat sich also hundertfältig gelohnt. Dieses am heutigen Jubeltage festzustellen, sei eine Freude für alle Mitglieder und die Verbandsleitung. — An allen Erfolgen, die der christliche Bauarbeiterverband in den letzten Jahrzehnten für seine Mitglieder buchen konnte, haben die beiden Jubilare Uebe und Heinrich hervorragenden Anteil genommen. Namens des Hauptvorstandes wie auch des Bezirks Glabbech sprach Kollege Einig den Jubilaren den herzlichsten Glückwunsch aus. Er knüpfte daran die Hoffnung, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch recht lange rüstig und mutig in der Organisation mitarbeiten zu können. Sodann überreichte er ihnen im Auftrage des Zentralvorstandes eine Ehrenurkunde und steckte jedem Jubilar die silberne Gedenknadel an. Er erwähnte die jüngeren Kollegen, sich an dem Verhalten der Jubilare ein Beispiel zu nehmen und für die künftige Weitergestaltung der Standesbewegung hieraus die rechten Lehren zu ziehen. Im Namen der Ortsgruppe überreichte der Vorsitzende den Jubilaren einen schönen Blumenstrauß. — Kollege Budde als Vertreter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und des Ortskartells Boitrop überbrachte seinerseits den Jubilaren herzlichste Glück- und Segenswünsche. Unter Beifall führte er aus, daß mancher Sportmann als Held des Tages des öfteren gefeiert würde. Dagegen das stille und mutige Heldentum in der Alltagsarbeit der Gewerkschaftsbewegung werde nicht erkannt. Und dennoch seien gerade diese Männer der schwiegenen Faust die wahren Helden der Arbeit. — Kollege Gagen, Angestellter der deutschen Lebensversicherung, der als Gast an der Versammlung teilnahm, schloß sich den Glückwünschen der Redner an. Anschließend blieben die Kollegen nebst ihren Familienangehörigen noch einige Stunden in fröhlicher Stimmung gesellig zusammen.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Dortmund. Am Montag, den 27. August, hatten die Sektionen der Poliere und Schachtmeister von den drei Bauarbeiterverbänden die Poliere und Schachtmeister zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Als Referent war der Kollege Peters, Hamburg, vom Baugewerksbund erschienen. Redner behandelte die Tariffrage im Poliergewerbe und betonte, daß der jetzige Zustand unhaltbar geworden sei. Die Bauarbeiterverbände hätten alles versucht, den Vorstand des deutschen Polierverbandes zu bewegen, den Tarifvertrag zu kündigen, damit eine geschlossene Front hergestellt werden könnte. Die Leitung des Polierverbandes habe bis heute den im Jahre 1924 abgeschlossenen Tarif nicht gekündigt. Wer weiß, unter welchen Verhältnissen im Jahre 24 Tarifverträge abgeschlossen werden mußten, wird nicht verstehen, daß, trotzdem die Möglichkeit besteht zu kündigen, dieses nicht geschehen ist. Es geht auch nicht an, daß der größte Teil der im Gewerbe tätigen Poliere und Schachtmeister nicht am Vertrage beteiligt ist. Durch Aufnahme einer Statistik haben wir nämlich festgestellt, daß die drei Bauarbeiterverbände das Gros der Poliere und Schachtmeister organisiert haben. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wir wenden uns daher an die Mitglieder, und wir hoffen, daß diese nun einmal von ihrem Vorstand fordern, diesen Zustand zu beenden. Die Ausführungen, die in ruhiger und sach-

licher Weise erfolgten, fanden lebhaften Beifall. Die hierauf erfolgte Aussprache blieb im Rahmen der Sachlichkeit. Es sprachen vom Polierbund die Kollegen Maring und Herget. Für unsere Sektion sprach Kollege Petri. Nachdem Kollege Kaufmann im Sinne des Referenten gesprochen hatte, konnte nach kurzem Schlußwort des Referenten die eindrucksvolle Versammlung geschlossen werden. H. P.

Don den Arbeitsstellen

Tragischer Tod jugendlicher Kollegen Klein, D.-S. Am 15. August d. J. waren Lehrlinge der Firma Uhdge, Inhaber Wolter, Raibor, beim Umbau eines Wohnhauses mit Herausnehmen von Deckenbalken beschäftigt, die an einem Ende eingemauert, am anderen nur untersteift waren. Beim Herausziehen des Balkens schlug dieser auf die Steife des nächstfolgenden und warf die oben beschäftigten Lehrlinge herunter. Dadurch, daß die unterste Decke nicht abgedeckt war, fielen zwei Lehrlinge acht Meter herunter auf das Gelände des Treppenhauses, wodurch unser Kollege Jablonka (Jugendgruppenführer) einen Schädelbruch erlitt und am darauffolgenden Tage verstarb. Unser zweiter Kollege liegt mit Rippenbruch zurzeit noch im Krankenhaus. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Das Unglück wäre nicht geschehen oder hätte wenigstens nicht solche schwere Folgen gehabt, wenn man vorher die untere Balkenlage abgedeckt hätte. Wie uns unsere dortigen Kollegen erklärten, wurde ihnen dazu keine Zeit gelassen, und nach Angaben waren auch keine Bretter vorhanden, um die Balkenlage abdecken zu können. Erst nachdem das Unglück geschehen war, hat man in genügender Zahl Kistbretter zur Abdeckung sämtlicher Etagen herbeischaffen können. Wie sparsam man in diesem Baugeschäft ist, geht schon daraus hervor, daß die gesamten Zimmerer mit den Lehrlingen, etwa zehn Mann bis zum Unglück selbstständig ohne einen Polier arbeiteten. Erst nach dem Unglück stellte man einen Polier ein. Der Arbeitgeber, der in allererster Linie dafür verantwortlich ist, erklärte unserem Vertreter, daß dieser Unglücksfall nur durch Reichtum der Verunglückten geschehen sei. In Wirklichkeit liegt aber die Reichtumlichkeit auf Seiten des Arbeitgebers, der erst den Brunnen abdeckte, nachdem das Kind hereingefallen war. Vorher wollte man noch allerhand Geld an der Rüstung sparen und bezahlte diese Sparsamkeit mit einem jungen Menschenleben. Wir erwarten von den maßgebenden Stellen, daß die Schuldfrage geklärt wird. H.

Bücherschau

Tschirner-Schalbach, Formularbuch des Arbeitsrechts. Industrieverlag Spaeth u. Lind, Berlin W 10. Preis geh. 5,40 RM., in Halbleinen geb. 6,80 RM. Es ist nicht selten, daß wegen mangelnder Beachtung der Formvorschriften, vor allem im arbeitsrechtlichen Verfahren, Klageansprüche nicht durchgeführt werden können. Es ist daher nur zu begrüßen, daß in dem vorliegenden Buch eine Formularsammlung herausgebracht wird, die an Hand von 175 Mustern eine gute Anleitung für das gesamte Gebiet des arbeitsrechtlichen Vertragsrechts, des Arbeitnehmeranspruches und Arbeitsvertragsrechts gibt. In besonders ausführlicher Weise sind die Arbeitsvertragsverhältnisse behandelt. Das Buch dürfte für alle, die sich mit dieser Materie befassen müssen, von großem Wert sein.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Berlin Das Mitgliedsbuch Nr. 278 703 kam auf der Baustelle Hohenzollerndamm bei der Baufirma Jakobowitz abhanden. Die Personalien des Mitgliedsbuches lauten: Bauarbeiter Josef Danek, geb. am 8. 2. 1872 in Gadowo, eingetretten am 17. 8. 1927. Es wird gebeten, dasselbe auf dem Büro unserer Ortsverwaltung, Berlin SW 19, Beuthstraße 6 III, abzugeben.

Sterbetafel

Am 1. September starb infolge eines Schlaganfalles, den er bei der Arbeit erlitt, unser langjähriger, treuer Kollege Ludwig Diez, Maurer, im Alter von 68 Jahren. Zahlstelle Falkenstein. Am 2. September starb an Herzschlag der Maurer Friedrich Griethe aus Güntherode im Alter von 52 Jahren. Verwaltungsstelle Hannover. Ehre ihrem Andenken!

Original-Wanderlust- Werkzeuge,

wie Teakwagen, Kellen, Glätter, Zollstöcke, Plattenlegerartikel liefern in der bisher bekannten Qualität zu billigsten Preisen (Liste franko)

G. Rasch & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.

